

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

ARBEITSMIGRATION UND FEMINISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN TADSCHIKISTAN UND USBEKISTAN

■ ANALYSE

Frauen als Wassermeister? Arbeitsmigration und Feminisierung der Landwirtschaft in Tadschikistan und Usbekistan Von Nozilakhon Mukhamedova, Halle/Saale	2
--	---

■ STATISTIK

Landwirtschaft und Arbeitsmigration	6
-------------------------------------	---

■ CHRONIK

24. März – 20. April 2018	12
Kasachstan	12
Kirgistan	13
Tadschikistan	14
Turkmenistan	17
Usbekistan	18

Frauen als Wassermeister?

Arbeitsmigration und Feminisierung der Landwirtschaft in Tadschikistan und Usbekistan

Von Nozilakhon Mukhamedova, Halle/Saale

Zusammenfassung

Den traditionellen Familienwerten entsprechend werden Frauen in zentralasiatischen Gesellschaften als Fürsorgerinnen im Haus der Familie betrachtet, während Männer ihre Ehefrauen, Mütter und Töchter ernähren und beschützen sollen. In vielen höher entlohnten landwirtschaftlichen Tätigkeiten überwog zu Zeiten der Sowjetunion dementsprechend die Beschäftigung von Männern, insbesondere in der Verwaltung und Durchführung der künstlichen Bewässerung. Heute hingegen liegt der Frauenanteil in der Landwirtschaft Zentralasiens schätzungsweise bei 60 %. Frauen sind zunehmend bereit und fähig, in traditionell männlich geprägte Berufsfelder einzusteigen. Der Bruch mit der männerdominierten Gesellschaft und den patriarchalischen Werten resultierte aus wirtschaftlichen Verwerfungen nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken Anfang der neunziger Jahre, die die Männer zur Suche nach Einkommensmöglichkeiten im Ausland zwangen. Die Abwanderung der Männer machte die Frauen zur Mehrheit. Am Beispiel der landwirtschaftlichen Bewässerung in Tadschikistan und Usbekistan zeigt diese Studie, wie Frauen zunehmend verantwortungsvolle und sozial akzeptierte Positionen in der ländlichen Ökonomie übernehmen. Die Feminisierung der Landwirtschaft erhöht damit Autonomie und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Jedoch stellt sich die Frage, ob dieser Wandel langfristig vorteilhaft und nachhaltig ist.

Mitte des 20. Jahrhunderts hatte die sowjetische Kollektivierung in Zentralasien zahlreichen Frauen den Zugang zu einfachen, aber bis dahin unerreichbaren Lohnarbeitsverhältnissen in der Landwirtschaft verschafft. Gegenüber dieser relativen Gleichberechtigung entfaltete der Transformationsprozess der 1990er Jahre eine eher diskriminierende Wirkung. Nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Länder waren insbesondere die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen unverhältnismäßig von den im Laufe dieses Prozesses entstandenen sozioökonomischen und kulturellen Veränderungen betroffen. Die Transformation schwächte die sozialen Sicherungssysteme, wie zum Beispiel die öffentlich finanzierte Kinderbetreuung, und schränkte die außerhäuslichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen stark ein. Staatseigentum wurde zu Gunsten der männlichen Bevölkerung verteilt und beschränkte somit die Möglichkeiten der Frauen, Einkommen aus unternehmerischer Selbstständigkeit zu erzielen.

Zu Zeiten der Sowjetunion wurden die meisten zentralasiatischen Länder als agrarisch geprägte Volkswirtschaften klassifiziert. Ein Großteil der Reformen in der Transformationsphase wurde im Agrarsektor durchgeführt. Die sowjetischen staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe in Tadschikistan und Usbekistan wurden formal in private Bauernwirtschaften überführt. Das Land blieb jedoch Eigentum des Staates, der den neuen landwirtschaftlichen Betrieben wiederum langfristige Landnutzungsrechte einräumte. Die Reformen in der Landwirtschaft haben auch die Produktionsprozesse und die Arbeitsorganisation verändert,

etwa die Vergabe von Produktionsverträgen im strategischen Bereich des Baumwollanbaus, die Diversifizierung der Fruchtfolgen und die Intensivierung des Anbaus von Zwischenfrüchten zwischen Weizen und Baumwolle. Diese Veränderungsprozesse betrafen die weibliche und männliche Landbevölkerung ungleichmäßig. In Tadschikistan trauten die Landverteilungskomitees weiblichen Berechtigten oftmals nicht zu, einen landwirtschaftlichen Betrieb selbstständig zu verwalten. In Usbekistan waren Erfahrung in der Landwirtschaft oder in Betriebsführung Voraussetzung, um Landnutzungsrechte zu erhalten.

Instabilität und wirtschaftlicher Strukturwandel führten zum Zusammenbruch vieler traditioneller Märkte und einer enormen Binnenwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Städte, aber auch zur Arbeitsmigration in andere Länder wie Russland oder Kasachstan. Diese Wanderungsbewegungen sind ein überwiegend männliches Phänomen. Ziel dieses Beitrages ist es, die geschlechtsspezifischen Dimensionen der landwirtschaftlichen Arbeit in Tadschikistan und Usbekistan darzustellen sowie die Veränderungen innerhalb der Geschlechterverteilung von Berufen zu erläutern, die als Reaktion auf die weitverbreitete Migration von Männern aufgetreten sind.

Der vorliegende Beitrag beruht auf Sekundärdaten (offiziellen statistischen Daten aus Tadschikistan und Usbekistan) sowie Primärdaten aus Fallstudien, die von der Autorin in acht Dörfern der Gebiete Fergana und Syrdarja in Usbekistan und dem Gebiet Sogd in Tadschikistan durchgeführt wurden. Die qualitative Vorgehensweise dieser Studie verwendet Daten, die im Rahmen von Feldauf-

enthalten im Zeitraum 2013–2014 gesammelt wurden. Insgesamt wurden 120 Interviews und 10 Fokusgruppendifkussionen mit Agrarbetriebsleitern und den dazu gehörenden landwirtschaftlichen Arbeitskräften durchgeführt.

Migration und die geschlechtsspezifischen Dimensionen der landwirtschaftlichen Arbeit

Im Durchschnitt belaufen sich die Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten auf nur 10 bis 12 % der gesamten Haushaltseinkommen. Darüber hinaus bietet das heutige Sozialsystem in Tadschikistan keine mit denen des sozialistischen Systems vergleichbaren Leistungen. Vor diesem Hintergrund bleibt den Frauen oftmals nichts anderes übrig, als schlecht bezahlte landwirtschaftliche Tätigkeiten anzunehmen. Laut offiziellen tadschikischen Statistiken lag das durchschnittliche Lohnarbeitseinkommen im Agrarsektor im Jahr 2015 bei rund 40 US-Dollar pro Monat. Deshalb ist meistens die Kombination mehrerer Einkommensquellen erforderlich, um das Mindesteinkommen zur Deckung des täglichen Bedarfs ländlicher Haushalte zu sichern. Eine dieser Quellen sind Küchengärten, die in Haushalten mit weiblichem Haushaltsvorstand und männlichen Arbeitsmigranten erheblich an Bedeutung gewonnen und zur allgemeinen Ernährungssicherheit in ländlichen Gemeinden beigetragen haben. Die Abwanderung männlicher Arbeitskräfte machte Frauen zu den hauptsächlichen Nutzerinnen und Verwalterinnen der Küchengärten.

Die Geschlechterrollen unterliegen verschiedenen Einflüssen. Islamische Bräuche, die in den zentralasiatischen Traditionen verwoben sind, verleihen ausschließlich Männern Autorität und Macht, doch die Verfassung sichert gleiche Rechte für Männer und Frauen. Gemäß traditionellen Familienvorstellungen werden Frauen als Fürsorgerinnen der Familie betrachtet, während Männer Ernährer und Beschützer ihrer Ehefrauen, Mütter und Töchter sind. Die sowjetische Kollektivierung integrierte Frauen in den landwirtschaftlichen Arbeitsprozess, allerdings oftmals auf gering bezahlten Positionen. Die Geschlechtertrennung unter den Beschäftigten änderte sich während der Sowjetzeit im Anschluss an die Kollektivierung kaum mehr. Die derzeitigen Auswirkungen der Arbeitsmigration auf Männer, Frauen und ländliche Haushalte haben jedoch zu einer Verlagerung und dem teilweisen Ersatz der männlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft durch weibliche Entscheidungsträgerinnen geführt. Heute liegt der Frauenanteil in der Landwirtschaft bei schätzungsweise 60 %. Das Phänomen der Feminisierung wird zunehmend deutlich: Nicht nur steigt die Anzahl von Frauen in landwirtschaftlichen Tätigkeiten (was oft in den amtlichen Statistiken nicht erfasst wird), sondern Frauen sind zudem zunehmend bereit, in ein traditionell männliches Berufsfeld einzu-

steigen. Einerseits sehen sie den offenkundigen Mangel an Personen, die diese bisher männlich geprägten Tätigkeiten ausüben können. Andererseits sind sie aber auch willens, die gebotenen Möglichkeiten zu ergreifen. Die Abwanderung von männlichen Arbeitskräften hat dazu geführt, dass tadschikische und usbekische Frauen die Positionen der ausgewanderten Männer übernommen und somit die Lücke in diesem Sektor gefüllt haben. Dadurch wurde die weibliche Arbeitskraft aus ihrem konventionellen, kulturellen Rahmen verdrängt, und die berufliche Trennung in der Landwirtschaft verringert.

Die Agrarreformen nach der Unabhängigkeit schufen nicht nur neue Arten von landwirtschaftlichen Betrieben, sondern führten auch zu neuartigen Vertragsverhältnissen zwischen den Nachfolgeorganisationen der früheren Kollektive, privaten landwirtschaftlichen Betrieben und anderen landwirtschaftlichen Akteuren. Im Zuge dieser Umstrukturierung vergrößerte sich das Ungleichgewicht zwischen den überwiegend männlichen Betriebsleitern und den meist weiblichen Arbeitskräften. Einerseits erlangten aus den oben geschilderten Gründen vor allem Männer die Kontrolle über die umstrukturierten Agrarbetriebe, andererseits verließen viele männliche Arbeitsmigranten die ländlichen Räume. Damit verbesserten sich die Wahlmöglichkeiten der verbliebenen Männer, die nun die besser bezahlten Jobs unter sich aufteilen. Die Betriebsleiter müssen daher zunehmend auf weibliche Arbeitskräfte zurückgreifen, denen sie jedoch oft nur informelle Beschäftigungsvereinbarungen anbieten. Gründe hierfür liegen in den Steuerbelastungen, denen die Arbeitgeber durch Informalität entgehen möchten, Marktinstabilitäten, auf die die Betriebsleiter mit Hilfe von informellen Beschäftigungen flexibel reagieren möchten, sowie vermutlich in den bestehenden Geschlechternormen, die Frauen in niedrige Gehaltsgruppen drängen. Gleichzeitig sind landwirtschaftliche Vollzeittätigkeiten für Frauen nur begrenzt verfügbar und die Tageslohnsätze sind in der Regel niedriger als für Männer. Die meisten dieser Beschäftigungsverhältnisse bieten daher nur unzuverlässige Einkommen, Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten. Sie drängen Frauen häufig in den informellen Arbeitsmarkt, wo sie nicht als offizielle Arbeitnehmer registriert sind und keinen Anspruch auf soziale Unterstützung oder Rentenversicherung haben.

Migration reduziert allgemein das inländische Arbeitsangebot und löst damit Erwartungen an erhöhte Löhne auf dem lokalen Arbeitsmarkt aus. In dieser Situation entscheiden sich viele männliche Arbeitslose gegen eine formale landwirtschaftliche Beschäftigung, da die gestiegenen außerlandwirtschaftlichen Löhne den Agrarsektor noch weniger prestigeträchtig als zuvor erscheinen lassen. Wie oben geschildert, führt dies zu mehr infor-

mellen Arbeitsbeziehungen bei Frauen. Die meisten informellen Tätigkeiten bestehen aus Arbeit in den Küchengärten und saisonaler landwirtschaftlicher Beschäftigung, die in den nationalen Arbeitsgesetzen von Tadschikistan und Usbekistan nicht gesondert definiert sind, so dass die Arbeitsbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht geregelt sind. Beschäftigungs- und Kündigungsbedingungen, Überstundenzuschläge und Krankenversicherungen bleiben unberücksichtigt. Nichtsdestoweniger ist diese Informalität der Tätigkeiten von entscheidender Bedeutung für Frauen in ländlichen Gebieten, da sie eine flexible Zeitplanung und Einkommensmöglichkeiten bieten und gleichzeitig auch die Erfüllung anderer familiärer Verpflichtungen ermöglichen.

Die Herausforderung an männlich geprägte Berufsfelder

Die Vielfalt der feminisierten Vertragsbeziehungen zu erkennen hilft dabei, die Strategien zur Lebenssicherung zu verstehen, die von Frauen innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion verfolgt werden. Feminisierung geht dabei über unmittelbar landwirtschaftliche Tätigkeiten hinaus. Sie tritt gleichzeitig auf vielfältigen räumlichen und sozialen Ebenen auf und wirkt sich auf unterschiedliche Glieder der Wertschöpfungskette für verschiedene landwirtschaftliche Vorleistungen aus, wie z. B. in der Wasserbewirtschaftung und anderen außerlandwirtschaftlichen Tätigkeiten, die Frauen nicht mehr nur als unqualifizierte Landarbeiterinnen erscheinen lassen.

Zum Beispiel sind Frauen im ländlichen Usbekistan inzwischen zunehmend bei praktischen Bewässerungsaufgaben und der Wasserverwaltung innerhalb der Dorfgrenzen tätig. Oft werden die neuen Rollen der Frauen nach Altersgruppen definiert. Während junge Frauen (*kelins*) die Bewässerungsaufgaben übernehmen, also Kanäle vorbereiten und Schleusen öffnen, führen ältere Frauen Verhandlungen mit höheren Dienststellen in der Wasserbewirtschaftung. Die dort Verantwortlichen sind überwiegend Männer, darunter kommunale Wassermeister, die die Menge und Reihenfolge der Wasserzuteilung an Haushalte und Agrarbetriebe bestimmen, Mitarbeiter der regionalen Wassernutzerverbände (WNV) oder anderer lokaler Behörden.

Die zunehmende Bedeutung von Frauen als Wasserverbraucher stellt traditionelle, bewässerungsspezifische Geschlechterrollen sowie Dorfgewohnheiten in Frage. Bis jetzt wurden diese neuen Rollen weder im Dorf noch in den neu gegründeten WNV institutionalisiert. Daher arbeiten weibliche Bewässerer außerhalb des neuen institutionellen Rahmens wie auch des traditionellen Umfelds. Mit zwiespältigem Ergebnis: Frauen werden von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, aber dieser Ausschluss versetzt sie in die Lage, die vorhandenen Regeln zum eigenen Vorteil zu manipulieren.

Eine ähnliche Situation findet sich in Tadschikistan, wo Frauen neben anderen bisher männerdominierten Tätigkeiten, wie etwa im Baugewerbe, auch Aufgaben in Bewässerungsdiensten übernommen haben. Unter anderem arbeiten Frauen als kommunale Wassermeisterinnen oder als landwirtschaftliche Bewässerungsverwalterinnen, die die Wasserzuteilung innerhalb der Agrarbetriebe steuern. Die zur Verfügung stehende Wassermenge für ländliche Haushalte ist aufgrund der allgemeinen Wasserknappheit während der Hauptbewässerungssaison und der Bevorzugung der Baumwollpflanzungen durch die landwirtschaftlichen Großbetriebe sehr begrenzt. Daher ist der Wettbewerb um die Ressource Wasser in den Dörfern hoch. Der steigende Anteil von Frauen unter den Wassernutzern in den Dörfern erschwert die Aufgaben der männlichen Wassermeister, wie z. B. die Zuteilung der Wasserrationen. Der Grund dafür liegt in der traditionellen und religiösen Distanzierung der Frauen von nichtverwandten Männern, die es letzteren verbietet, mit Frauen geschäftlich zu verkehren. Ein Mann darf niemals ein Haus betreten, in dem sich nur Frauen aufhalten, und ein Mädchen darf niemals mit einem Jungen allein gelassen werden. Bei großen gesellschaftlichen Zusammenkünften bleiben Männer und Frauen oft getrennt. Dass Frauen jetzt in Dorfgemeinschaften als Wassermeister arbeiten, zwingt Dienstleister wie Wasserversorger in ländlichen Siedlungen dazu, weibliche Arbeitskräfte einzusetzen, um mit dem heute überwiegend weiblichen Kundenstamm zu verkehren. Die Verlagerung auf weibliche Beschäftigte in der Landwirtschaft und der Wasserverwaltung kann also auf bestehende kulturelle Strukturen zurückgeführt werden und auf einen Mangel an Männern, die bereit sind, schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Es ist wahrscheinlich, dass diese Verlagerung nicht nur auf diese Sektoren beschränkt bleiben wird. Aufgrund der genannten Umstände werden künftig wohl in erster Linie Frauen die von den Haushalten direkt erhobenen Barzahlungen für andere Versorgungsgüter sowie Steuerzahlungen einziehen. Andere Verantwortungsbereiche, wie z. B. die Selbstverwaltungsgremien der *Mahalla*-Nachbarschaftsorganisationen oder die örtliche Polizei, werden wahrscheinlich ebenfalls eine Form der Feminisierung erfahren, genauso wie einige Handwerksbetriebe, da nur weibliche Handwerker das Haus betreten dürfen, sofern keine männlichen Familienmitglieder zugegen sind.

Aufgrund der Landfragmentierung und des dringenden Bedarfs, innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit knappen Wasserressourcen zu bewässern, stellen die Landwirte Spezialisten ein – in diesem Fall neu ausgebildete weibliche Wassermeister. Obwohl Frauen die Bewässerung immer noch als Männerberuf betrachten, erkennen sie die Bedeutung der Beteiligung von Frauen

an der landwirtschaftlichen Bewässerung an. Eine weibliche Wassermeisterin erklärte, wie sie Kenntnisse in der Wasserbewirtschaftung erlernte: »Ich habe als Leiterin einer Brigade in der Kolchose gearbeitet [während der Sowjetzeit]. Wir hatten einen pensionierten Wassermeister und er fragte mich eines Tages: »Wie lange wirst du noch darauf warten, dass die Männer die Bewässerung durchführen?« Er erklärte mir alles und brachte mir die Fähigkeiten bei, Wassermeisterin zu werden. Ich denke, ich habe zwei bis drei Wochen benötigt, um die Aufgaben eines Wassermeisters zu erlernen, und der Rest ist langjährige Erfahrung auf dem Feld.« Heute gibt es nur noch wenige erfahrene männliche Wassermeister. Aufgrund des Mangels an jüngeren Männern lernen Frauen den Wassermeisterberuf. Dieser Lernprozess ist jedoch nur am Arbeitsplatz möglich. Die weibliche Wassermeisterin fuhr fort: »Jetzt [Ende November] sind einige Männer noch für landwirtschaftliche Tätigkeiten verfügbar, aber auf dem Höhepunkt der landwirtschaftlichen Saison, wenn wir die Männer brauchen, werden die meisten von ihnen abwandern. Deshalb müssen Frauen auch die Bewässerungsdienste leisten. Einige ältere Wassermeister bleiben vielleicht und sie müssen mit den Frauen zusammenarbeiten, um die Bewässerung durchzuführen.«

Frauen, die als Wassermeisterinnen in Kolchosen oder in privaten, von Männern dominierten Agrarbetrieben arbeiten, verantworten und sind beteiligt an Entscheidungen über Bewässerungsmethoden, an der Festlegung von Wassermengen sowie an Verhandlungen mit anderen Wassernutzern. Einige der sowjetisch geprägten Institutionen sowie neu gegründete private landwirtschaftliche Betriebe im Agrarsektor haben sich bereits an die Feminisierung ländlicher Gesellschaften angepasst, indem sie weibliche Fachkräfte in verschiedenen Sektoren eingestellt haben. Wahrscheinlich hat das Fehlen männlicher Fachkräfte zunächst einen Einstellungswandel gegenüber weiblichen Fachkräften ausgelöst. Darüber hinaus hat das auf der Qualität der Dienstleistungen dieser ersten weiblichen Fachkräfte beruhende Vertrauen vermutlich zu einer größeren Akzeptanz der Frauen bei männlichen Landwirten geführt und so einen Anstieg weiblicher Auszubildender in diesem Bereich ausgelöst. Während die Aufgabe des Wassermeisters ursprünglich eine männliche Aufgabe war, zeigt die Fallstudie, dass in diesem Bereich eine Feminisierung stattgefunden hat und heute eine weibliche Wassermeisterin für Männer und Frauen gleichermaßen akzeptabel geworden ist.

Fazit

Strukturreformen im Agrarsektor Tadschikistans und Usbekistans sowie der anhaltende Wandel der

geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung haben die sozialen Rollen und Entscheidungsbefugnisse ländlicher Männer und Frauen beeinflusst. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Beginn der Transformationsphase sind neuartige Beschäftigungsverhältnisse aus einer Mischung historisch-geschlechtsspezifischer Vermächtnisse (kulturelle, religiöse und politische Elemente), sozioökonomischer und rechtlicher Transformationen sowie Veränderungen am Arbeitsmarkt hervorgegangen. Die wirtschaftliche Transformation, Agrarreformen, die Abwanderung von Männern und die anschließende Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen führten zu Veränderungen der Geschlechternormen und der vertraglichen Beziehungen.

In Transformationsländern wie Tadschikistan und Usbekistan unterliegen zwar die von Frauen erbrachten Arbeitsleistungen nach wie vor geringem Arbeitsschutz, niedrigeren Einkommen und weniger Beschäftigungssicherheit. Doch ist eine verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen ein Zeichen dafür, dass sie Zugang zu einem breiteren Spektrum von Arbeitsmöglichkeiten erhalten sowie verstärkt an wirtschaftlichen und sozialen Ereignissen teilhaben und über größere Entscheidungsbefugnisse verfügen. Die vielfältigen Leistungen der Frauen bestärkten das Vertrauen der männlichen Arbeitgeber in die wechselseitige Zusammenarbeit und verfestigten die oft informellen Arbeitsverhältnisse. Der Bruch mit der von Männern dominierten Gesellschaft und den patriarchalischen Werten in unseren Fallstudien entstand aus wirtschaftlichen Veränderungen und der Entwicklung des sozialen Umfelds, wie z. B. der männlichen Arbeitsmigration und der damit einhergehenden Zunahme des Frauenanteils in ländlichen Gebieten. Die Feminisierung der Landwirtschaft hat zu einer Veränderung des Sozialverhaltens und der kulturellen Normen geführt, aber es ist noch nicht ausgemacht, ob sich diese Veränderungen im Laufe der Zeit als vorteilhaft und nachhaltig erweisen werden. Männliche Arbeitsmigration führt zu erhöhten Autonomie- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, kann jedoch auch entgegengesetzte Folgen haben, denn es besteht die Gefahr, dass der anhaltend informelle Charakter der landwirtschaftlichen Beschäftigung von Frauen den sozialen Status weiblicher Arbeitnehmer herabsetzt, indem er sie beispielsweise von vorteilhaften Arbeitszeitregelungen, Arbeitgeberbeiträgen zu Gesundheits- und Rentensystemen oder Karrieremöglichkeiten ausschließt.

Aus dem Englischen von Hayley Moore

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin:

Nozilakhon Mukhamedova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) in Halle (Saale) und Doktorandin der Agrarökonomie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Zuvor arbeitete sie vier Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Regional Office for Central Asia des International Water Management Institute (IWMI) in Taschkent im Forschungsgebiet »Gleichstellung und soziale Entwicklung in Zentralasien«.

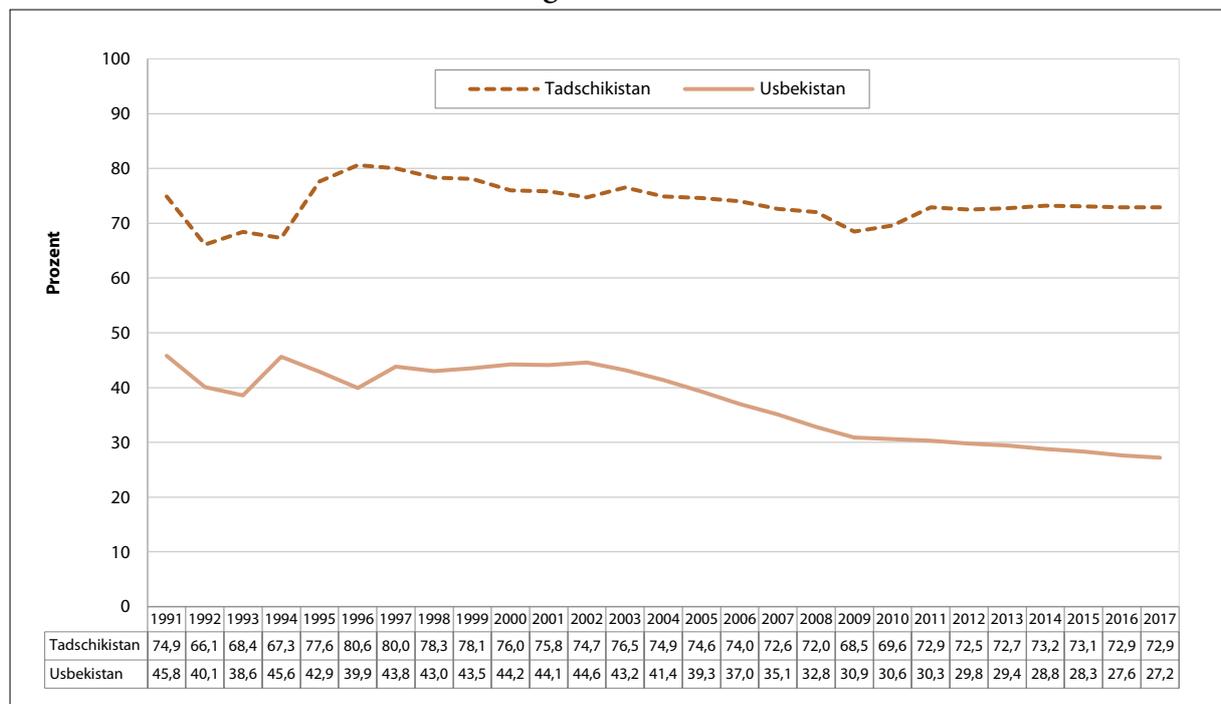
Lesetipps:

- Mukhamedova, N., Wegerich, K. (2018): The feminization of agriculture in post-Soviet Tajikistan, *Journal of Rural Studies*, Vol. 57, pp. 128–139. <<https://doi.org/10.1016/j.jrurstud.2017.12.009>>
- Catherine Putz, The Feminized Farm: Labor Migration and Women's Roles in Tajikistan's Rural Communities, in: The Diplomat, 4.1.2018, = <<https://thediplomat.com/2018/01/the-feminized-farm-labor-migration-and-womens-roles-in-tajikistans-rural-communities/>>
- Alla Kuvatova, Review. "Women and Farming" (Gender analysis in agriculture of Republic of Tajikistan), Dushanbe 2014, = <<http://www.wecf.eu/download/2014/October/YECReviewfinal.pdf>>

STATISTIK

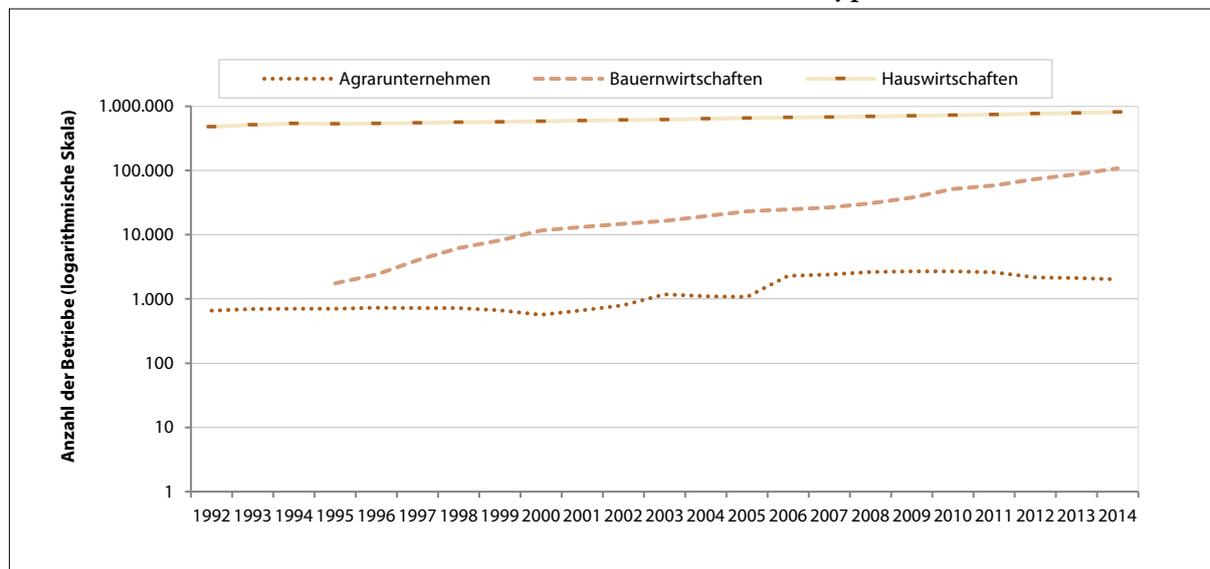
Landwirtschaft und Arbeitsmigration

**Grafik 1: Anteil der weiblichen Beschäftigten in der Landwirtschaft
(in % der weiblichen Beschäftigten in allen Sektoren)**



Quelle: International Labor Organization.

Grafik 2: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen, Tadschikistan 1992–2014



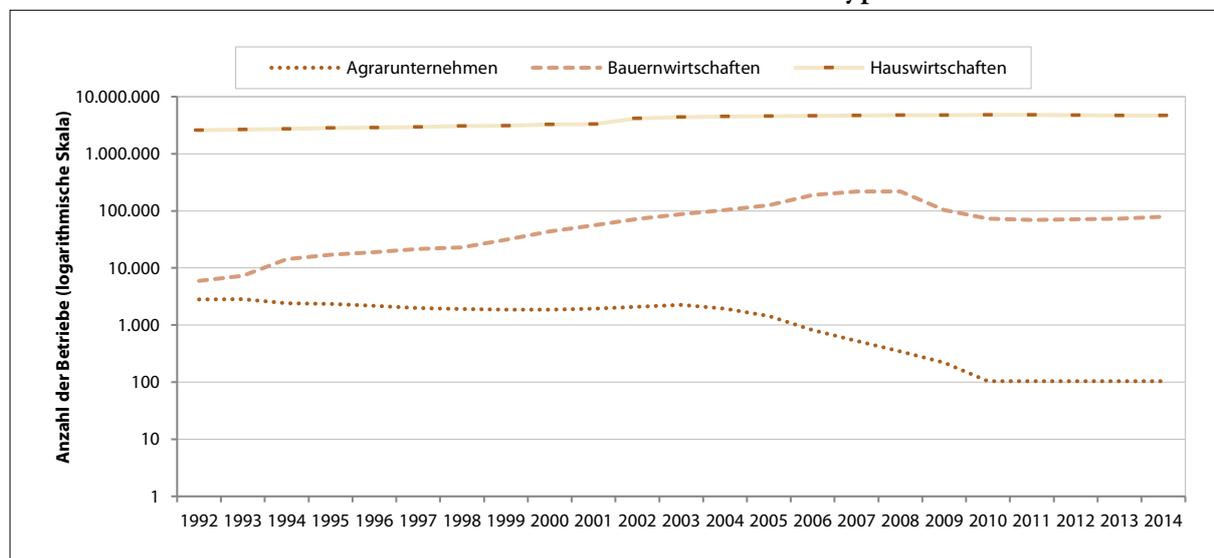
Quelle: Nationales Statistikamt.

Tabelle 1: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen, Tadschikistan 1992–2014

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Agrarunternehmen	655	694	707	707	733	718	723	667	567	665	796	1.185
Bauernwirtschaften				1.750	2.386	4.023	6.227	8.193	11.652	13.189	14.783	16.431
Hauswirtschaften	477.651	514.530	541.349	532.984	541.283	552.540	562.184	571.412	580.950	594.757	611.063	617.391

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Agrarunternehmen	1.107	1.072	2.282	2.409	2.627	2.677	2.691	2.593	2.166	2.104	2.016
Bauernwirtschaften	19.416	23.101	24.901	26.518	30.842	37.966	51.372	58.313	73.806	87.594	108.035
Hauswirtschaften	637.831	652.114	668.499	678.075	693.721	707.672	722.395	744.576	768.724	789.839	810.510

Quelle: Nationales Statistikamt.

Grafik 3: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen, Usbekistan 1992–2014

Quelle: Nationales Statistikamt.

Tabelle 2: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebstypen, Usbekistan 1992–2014

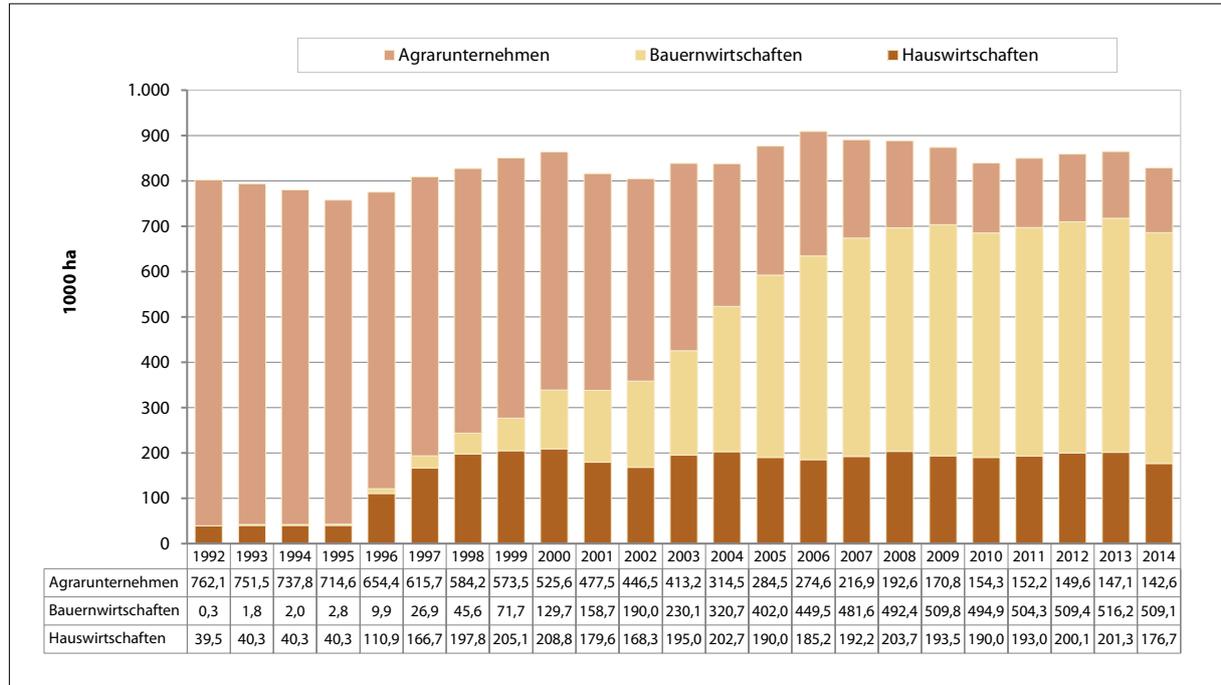
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Agrarunternehmen	2.818	2.840	2.396	2.358	2.171	1.973	1.921	1.857
Bauernwirtschaften	5.942	7.244	14.236	17.142	18.848	21.416	23.048	31.090
Hauswirtschaften	2.579.542	2.666.478	2.731.812	2.833.221	2.855.436	2.931.410	3.043.894	3.090.063

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Agrarunternehmen	1.865	1.939	2.098	2.261	1.929	1.440	821	530
Bauernwirtschaften	43.759	55.445	72.406	87.552	103.921	125.668	189.235	217.095
Hauswirtschaften	3.243.602	3.312.360	4.177.619	4.377.112	4.481.989	4.544.420	4.631.675	4.673.210

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Agrarunternehmen	343	219	104	104	104	104	104
Bauernwirtschaften	218.645	103.081	72.644	69.184	70.761	73.449	78.856
Hauswirtschaften	4.703.433	4.759.174	4.773.013	4.792.717	4.716.292	4.681.378	4.690.563

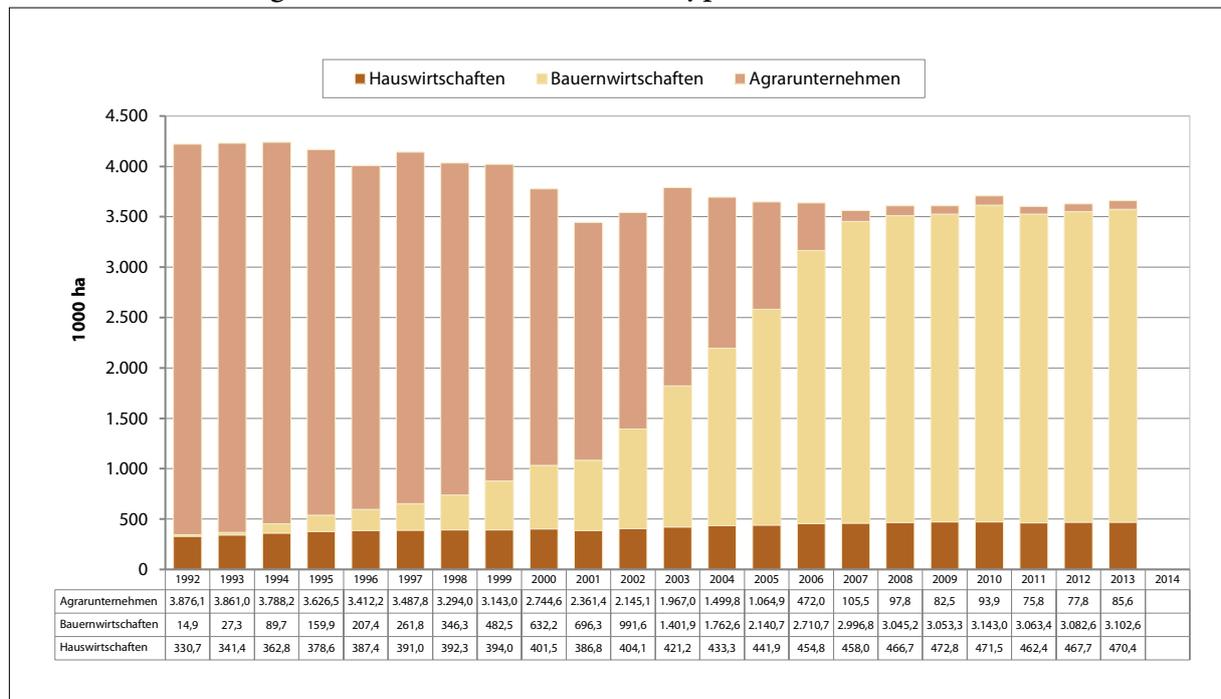
Quelle: Nationales Statistikamt.

Grafik 4: Verteilung des Ackerlandes nach Betriebstypen in Tadschikistan

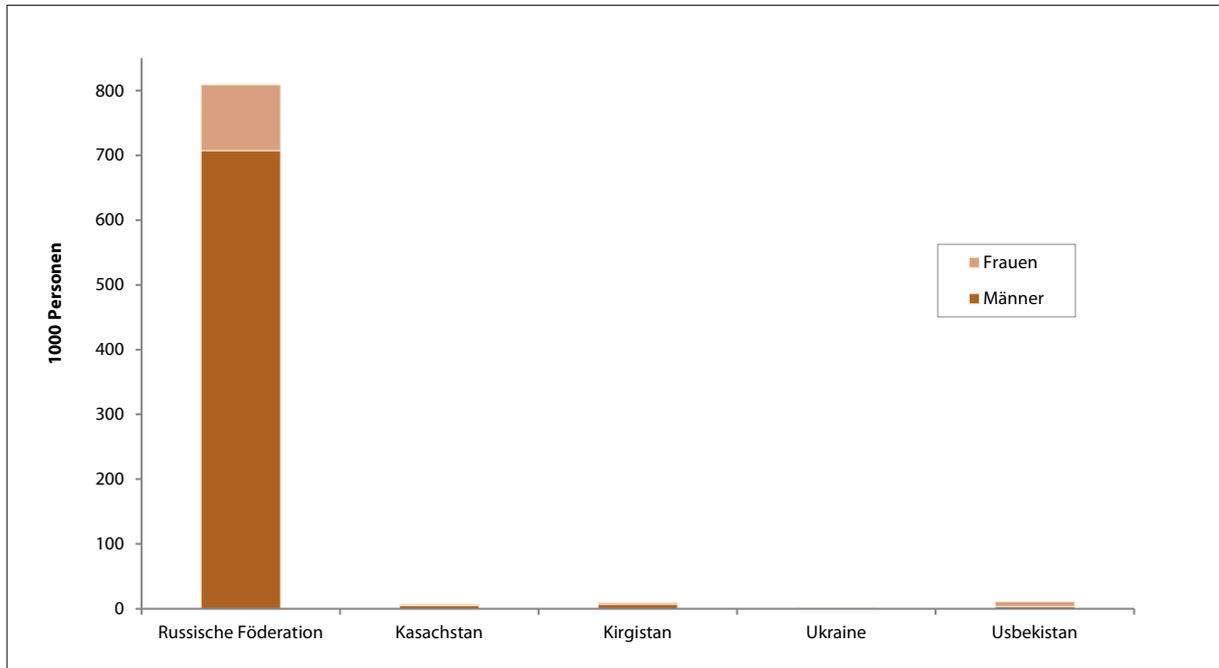


Quelle: Nationales Statistikamt

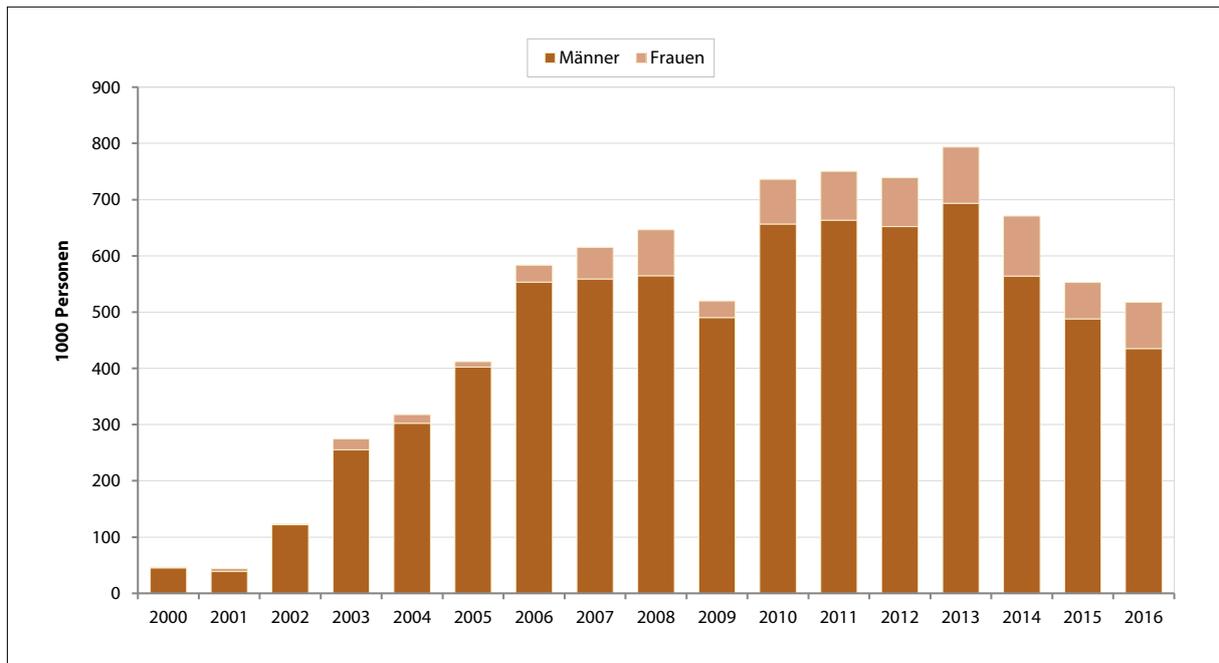
Grafik 5: Verteilung des Ackerlandes nach Betriebstypen in Usbekistan



Quelle: Nationales Statistikamt

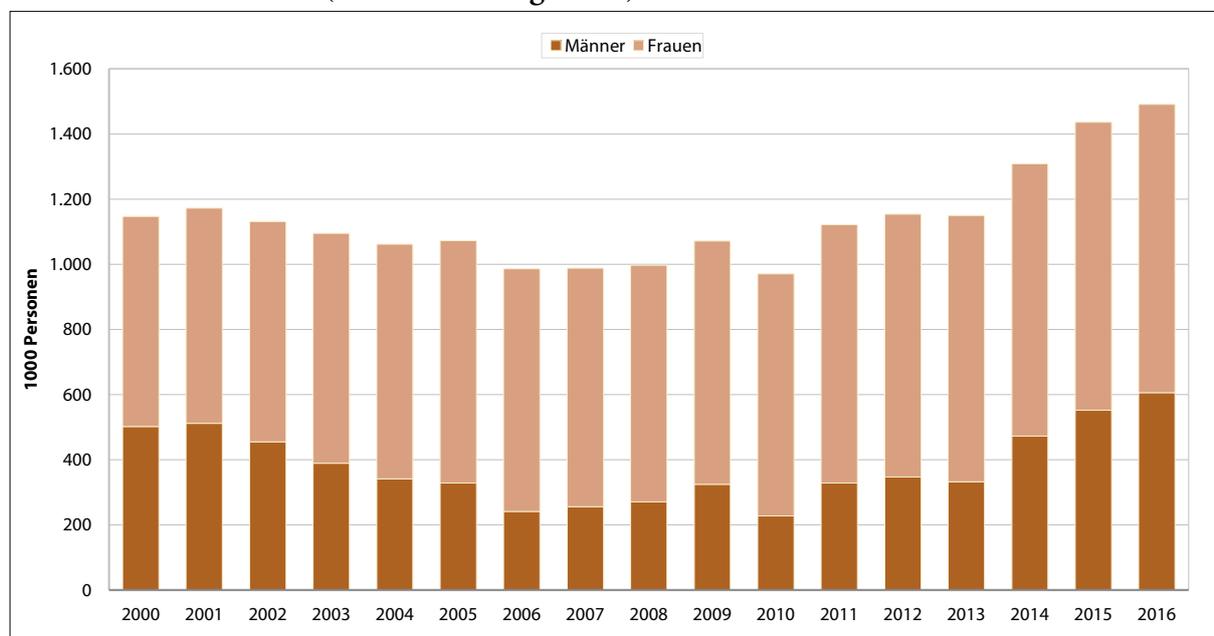
Grafik 6: Anzahl der Arbeitsmigranten aus Tadschikistan 2012, nach Zielländern

Quelle: Nationales Statistikamt der Republik Tadschikistan.

Grafik 7: Anzahl der Arbeitsmigranten aus Tadschikistan, 2000–2016

Quelle: Nationales Statistikamt der Republik Tadschikistan.

Grafik 8: Geschätzte Anzahl der tatsächlich in der Landwirtschaft Tadschikistans beschäftigten Personen (ohne Arbeitsmigranten)



Anmerkung: Schätzung unter der Annahme, dass die amtliche Arbeitskräfteerhebung temporäre Arbeitsmigranten auch während ihrer Abwesenheit als in der Landwirtschaft tätig zählt und dass 75 % der beim Grenzübertritt registrierten Arbeitsmigranten dieser Kategorie entstammen.

Quelle: Beschäftigte nach International Labor Organization, Migranten nach Statistischem Amt der Republik Tadschikistan.

24. März – 20. April 2018

Kasachstan

26.3.2018	Aufgrund von Überflutungen, die von schmelzenden Schneemassen hervorgerufen wurden, werden im Osten Kasachstans mehr als 750 Menschen evakuiert. Besonders betroffen sind die Städte Öskemen, Glubokoje und Schemonaicha.
26.3.2018	Außenminister Kairat Abdrachmanow nimmt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, Erlan Abdyldajew, Sirodschiddin Aslow und Abdulasis Kamilow sowie dem stellvertretenden turkmenischen Außenminister Wela Chadischijew, an einem regulären Treffen EU-Zentralasien mit der EU-Außenbeauftragten Federicia Mogherini in Taschkent teil. Gesprächsthemen sind u. a. die neue EU-Zentralasien-Strategie und die Situation in Afghanistan.
27.3.2018	Premierminister Bakyttschan Sagintajew ordnet in Reaktion auf den Großbrand im Einkaufszentrum von Kemerowo in Russland die Überprüfung der Sicherheits- und Brandschutzbestimmungen aller Vergnügungs- und Einkaufszentren in Kasachstan an.
27.3.2018	Präsident Nursultan Nasarbajew führt während seines offiziellen Besuches in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) u. a. Gespräche mit dem Kronprinzen und stellvertretenden Oberbefehlshaber der Streitkräfte der VAE, Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan. Während des Besuchs werden mehrere bilaterale Abkommen unterzeichnet, u. a. zu neuen Investitionen und der Sonderwirtschaftszone Aktau Hafen.
4.4.2018	Nurlan Jermekbajew, bisher Minister für religiöse Angelegenheiten und Zivilgesellschaft, wird zum Assistenten des Präsidenten und Sekretär des Sicherheitsrats ernannt. Nachfolger Jermekbajews wird Darchan Kaletajew, bisher Abgeordneter im Parlament.
4.4.2018	RFE/RL meldet, dass der Chefredakteur der Online-Nachrichtenseite Ratel.kz, Marat Asipow, sowie drei weitere Journalisten mehrere Stunden von Ermittlern verhört wurden. Die Journalisten werden der Verleumdung beschuldigt. Zwei Tage zuvor wurden bereits die Büroräume des Nachrichtendienstes und die der lokalen Ausgabe des Magazins Forbes durchsucht und Computer und Dokumente konfisziert.
6.4.2018	In einer schriftlichen Stellungnahme verurteilt Human Rights Watch das Vorgehen der Behörden gegen die Online-Nachrichtenseite Ratel.kz und die Redaktion des Magazins Forbes als unbegründet.
9.4.2018	In Brüssel organisiert eine Gruppe von Oppositionellen, Menschenrechtlern und Künstlern ein Forum mit dem Titel »Schana Kasakstan« (Neues Kasachstan). Im Rahmen des zweitägigen Events finden u. a. Treffen mit europäischen Abgeordneten zu Themen wie Meinungsfreiheit, politische Lage und Menschenrechte in Kasachstan statt.
12.4.2018	Premierminister Sagintajew unterzeichnet ein Dekret, das es Bürgern Chinas und Indiens, die über Astana und Almaty mit kasachstanischen Airlines in Drittstaaten reisen, gestattet, sich ohne Visum 72 Stunden in Kasachstan aufzuhalten.
13.4.2018	In Astana findet die 12. Sitzung des Militärausschusses der CSTO unter Leitung des Vorsitzenden des Militärausschusses und Generalstabschefs, Murat Maikejew, statt. Auf dem Treffen, an dem die Generalstabschefs aller CSTO-Mitgliedstaaten teilnehmen, wird die Durchführung gemeinsamer militärischer Übungen und Manöver im Jahr 2018 besprochen.
14.4.2018	Ein Gericht in Aktobe lässt den Aktivistin Talgat Ajan auf Bewährung frei. Ajan war zusammen mit Maks Bokajew wegen seiner zentralen Rolle bei der Organisation der Proteste gegen das Bodengesetz im Frühjahr 2016 im November 2016 zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.
16.4.2018	Eine Delegation des EU-Parlaments unter Leitung des polnischen Abgeordneten Marcin Swiecicki und des Präsidenten der italienischen Liga für Menschenrechte, Antonio Stango, besucht die inhaftierten Bürgerrechtler Almat Dschumagulow und Kendschebek Abischew sowie den Geschäftsmann Iskander Jerimbetow. Bei den Gesprächen berichtet Jerimbetow, dass er in Gefangenschaft gefoltert wurde.
17.4.2018	Präsident Nasarbajew empfängt die südkoreanische Außenministerin Kang Kyung-wha in Astana zu Gesprächen über Möglichkeiten der Ausweitung der bilateralen Beziehungen.
19.4.2018	Der Senat billigt das Protokoll über die Änderung des Abkommens mit den USA über den kommerziellen Transit von Spezialfracht durch Kasachstan. Das Protokoll sieht die Einbeziehung der Häfen Aktau und Kuryk in die Sonderfrachtverbindung nach Afghanistan über das Kaspische Meer vor und ebnet somit den Weg für eine alternative Transitroute für amerikanische Güter nach Afghanistan. Bisher verläuft die Hauptroute über Pakistan.

19.4.2018	Außenminister Abdrachmanow trifft in Istanbul mit seinem türkischen Amtskollegen, Mevlüt Çavuşoğlu, zu Gesprächen über bilaterale und internationale Fragen zusammen.
-----------	---

Kirgistan

26.3.2018	Nachdem das Investitionsabkommen mit Huawei vergangenen Monat gescheitert ist, gibt Premierminister Sapar Isakow bekannt, dass nun stattdessen drei staatliche Stellen das Smart City Project implementieren sollen: der staatliche Registrierungsservice, Kyrgyztelecom JSC und die Bürgermeisterämter von Bischkek und Osch.
26.3.2018	Außenminister Erlan Abdyldajew nimmt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan, Kairat Abdrachmanow, Siroschiddin Aslow und Abdulasis Kamilow sowie dem stellvertretenden turkmenischen Außenminister Wela Chadischijew an einem regulären Treffen EU-Zentralasien mit der EU-Außenbeauftragten Federicia Mogherini in Taschkent teil. Gesprächsthemen sind u. a. die neue EU-Zentralasien-Strategie und die Situation in Afghanistan.
28.3.2018	Am Rande der Afghanistan-Konferenz in Taschkent bespricht Außenminister Abdyldajew bilaterale Fragen mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu sowie mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow. Bei einem Treffen mit dem usbekischen Außenminister Kamilow wird das Kooperationsprogramm der beiden Außenministerien für 2018/19 unterschrieben.
29.3.2018	Premierminister Isakow nimmt in Fergana in Usbekistan an kirgisisch-usbekischen Gesprächen über die gemeinsame Grenzsicherung teil. Die usbekische Delegation wird von Premierminister Abdulla Aripow geleitet.
29.3.2018	Ein Sprecher des Ministeriums für Bildung kündigt an, dass in Reaktion auf den Großbrand in einem Einkaufszentrum in Kemerowo in Russland alle Kindergärten und Schulen hinsichtlich ihrer Sicherheits- und Brandschutzbestimmungen überprüft werden sollen.
29.3.2018	RFE/RL meldet, dass ein neues Verfahren gegen den Oppositionspolitiker und Präsidentschaftskandidaten Omurbek Babanow, der sich derzeit im Ausland befindet, eingeleitet wurde. Babanow wird verdächtigt, Unruhen und eine illegale Machtübernahme geplant zu haben.
31.3.2018	Almasbek Atambajew wird zum Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei (SDPK) gewählt. In einer anschließenden Pressekonferenz kritisiert er Präsident Sooronbai Dscheenbekow u. a. wegen seines Missmanagements während und nach dem Kraftwerkausfall in Bischkek im Januar 2018.
2.4.2018	Eine Delegation des Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung (EFSR) überprüft bei einem Kirgistanbesuch die Verwendung bisheriger Kredite und sucht nach Möglichkeiten der Optimierung von Investitionsprojekten.
4.4.2018	RFE/RL meldet, dass es im Gebiet Batken zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen den Bewohnern eines geteilten Dorfes an der kirgisisch-tadschikischen Grenze gekommen ist. Mindestens zwei Menschen wurden ins Krankenhaus eingeliefert.
4.4.2018	Bei einem Treffen der kirgisisch-russischen zwischenstaatlichen Kommission für Handel und wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische, kulturelle und humanitäre Zusammenarbeit in Moskau wird das wirtschaftliche Kooperationsprogramm für den Zeitraum 2018 – 2021 unterzeichnet.
4.4.2018	Der Vorstandsvorsitzende von Centerra Gold Inc., Scott Perry, sagt bei einem Treffen mit Premierminister Isakow 25 Mio. US-Dollar für die Sanierung der Kumtor-Goldmine zu.
5.4.2018	Das Parlament ratifiziert das Abkommen der Mitgliedsstaaten des Central Asia Regional Economic Cooperation Programs (CAREC) über die Einrichtung eines CAREC-Zentrums für wissenschaftliche Forschung und Kapazitätsaufbau, das zur Verbesserung der Qualität und Wirksamkeit des CAREC-Programms beitragen soll.
6.4.2018	Bei einem Treffen mit Vertretern von öffentlichen Vereinigungen von Familien der Todesopfer und Verletzten der Revolution vom April 2010 gelobt Präsident Dscheenbekow, dass es in Kirgistan keine Clanpolitik mehr geben werde.
7.4.2018	An der kirgisisch-usbekischen Grenze im Bezirk Mamai (Gebiet Dschalalabad) erschießen usbekische Soldaten einen kirgisischen Staatsbürger, nachdem dieser zuvor abgefeuerte Warnschüsse angeblich ignoriert hatte. Das Außenministerium bestellt den usbekischen Botschafter zur Klärung des Zwischenfalls ein.
7.4.2018	Präsident Dscheenbekow entlässt per Dekret den Leiter des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit, Abdil Segisbajew, und seinen Stellvertreter, Bolot Sujumbajew. Beide Beamte gelten als enge Vertraute seines Amtsvorgängers Atambajew.

9.4.2018	Präsident Dscheenbekow trifft während seines zweitägigen Arbeitsbesuchs in Ankara mit seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan zu Gesprächen u. a. über die Aktivitäten der Gülen-Bewegung in Kirgistan zusammen.
10.4.2018	Zur Klärung des Zwischenfalls an der kirgisisch-usbekischen Grenze am 7.4.2018 treffen sich auf Anordnung der Premierminister die Vorsitzenden der Grenzschutzdienste beider Länder. Eine neugegründete Arbeitsgruppe soll generelle Fragen der Zusammenarbeit im Grenzschutz klären.
10.4.2018	Im Bezirk Togus-Toro (Gebiet Dschalalabad) protestieren laut RFE/RL mehrere Tausend Menschen gegen den Bau einer neuen Goldverarbeitungsanlage in der Nähe der Stadt Kasarman. Die Demonstranten setzen mehrere Gebäude des kirgisisch-chinesischen Joint Ventures Makmal GL Develop in Brand und werfen Steine auf die Polizei.
11.4.2018	Präsident Dscheenbekow entlässt mit Generalstaatsanwältin Indira Dscholdubajewa eine weitere Atambajew-Vertraute aus dem Staatsapparat. Dscholdubajewa wurde in der Vergangenheit mehrmals von Bürgerrechtlern für die Verfolgung von Oppositionspolitikern und unabhängigen Medien kritisiert.
12.4.2018	Präsident Dscheenbekow trifft während eines Arbeitsbesuches in Brüssel mit den Präsidenten des Europäischen Rats, Donald Tusk, und der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, zu Gesprächen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zusammen.
12.4.2018	KirTAG meldet, dass Premierminister Isakow dem Antrag des im August 2017 in einem umstrittenen Urteil zu einer achtjährigen Freiheitsstrafe verurteilten Oppositionspolitikers und Vorsitzenden der Partei »Ata Meken«, Omurbek Tekebajew, auf Entfernung der Videokameras aus seiner Zelle stattgegeben hat. Darüber hinaus soll Tekebajew, der seit Wochen über Gesundheitsprobleme klagt, medizinisch behandelt werden.
12.4.2018	Premierminister Isakow trifft sich mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Lamberto Zannier, um den aktuellen Stand der Zusammenarbeit im Bereich interethnische Beziehungen zu besprechen.
16.4.2018	Die Zentrale Wahlkommission entzieht dem Abgeordneten Damirbek Asylbek uluu, der im Januar wegen Schmuggels von chinesischen Gütern in Kasachstan festgenommen wurde, das Mandat. Bei der Festnahme war herausgekommen, dass Asylbek uluu neben der kirgisischen auch die kasachstanische Staatsbürgerschaft besaß und deshalb nicht hätte kandidieren dürfen.
17.4.2018	In Folge der gewalttätigen Proteste im Bezirk Togus-Toro (Gebiet Dschalalabad) am 10.4.2018 werden 15 Menschen wegen ihrer Teilnahme an den Unruhen festgenommen. Anwohner organisieren daraufhin Proteste gegen die Festnahmen.
17.4.2018	Nach offiziellen Zahlen der russischen Zentralbank haben kirgisische Migranten in Russland 2017 insgesamt 2,1 Mrd. US-Dollar nach Kirgistan rücküberwiesen.
17.4.2018	Die Oppositionsparteien Respublika-Ata-Dschurt, Onuguu-Progress und Ata Meken beurteilen den jährlichen Rechenschaftsbericht über die Arbeit der Regierung vor dem Parlament auf einer gemeinsamen Sitzung als unbefriedigend.
19.4.2018	Nachdem in einem von der Opposition initiierten Misstrauensvotum in Reaktion auf den nicht zufriedenstellenden Bericht über die Arbeit der Regierung 101 von 112 Abgeordneten gegen Premierminister Isakow und die Regierung gestimmt haben, ist Präsident Dscheenbekow gezwungen, diese zu entlassen.
19.4.2018	Die Fraktion Respublika-Ata Dschurt tritt der Mehrheitskoalition der Parteien Kirgistan, Bir Bol und SDPK bei. Zur Opposition zählen nun nur noch die Parteien Onuguu-Progress und Ata Meken.
20.4.2018	Muchammedkalyi Abylgasijew wird von allen 115 im Parlament anwesenden Abgeordneten zum 30. Premierminister der Kirgisischen Republik gewählt. Er stellt vor der Volksvertretung die neue Regierungsmannschaft und sein Regierungsprogramm mit dem Namen »Einheit. Selbstvertrauen. Gestaltung« vor.

Tadschikistan

26.3.2018	Tadschikische Medien melden, dass die Asian Development Bank (ADB) 2018 ca. 180 Mio. US-Dollar als nichtrückzahlbare Darlehen für Projekte in Tadschikistan zur Verfügung zu stellen plant.
26.3.2018	Präsident Emomali Rachmon erörtert auf dem Flughafen von Duschanbe mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda den Stand der bilateralen Zusammenarbeit sowie regionale und internationale Fragen. Duda hatte auf dem Rückweg aus Afghanistan in Duschanbe einen Zwischenstopp eingelegt.

26.3.2018	Außenminister Sirodschiddin Aslow nimmt gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Kasachstan, Kirgistan und Usbekistan, Kairat Abdrachmanow, Erlan Abdyldajew und Abdulasis Kamilow sowie dem stellvertretenden turkmenischen Außenminister Wela Chadischijew an einem regulären Treffen EU-Zentralasien mit der EU-Außenbeauftragten Federicia Mogherini in Taschkent teil. Gesprächsthemen sind u. a. die neue EU-Zentralasien-Strategie und die Situation in Afghanistan.
27.3.2018	In Duschanbe wird eine Kreditvereinbarung zwischen dem Finanzministerium und dem Kuwait Fund for Arab Economic Development in Höhe von 7,5 Mio. Kuwaiti Dinar (ca. 25,5 Mio. US-Dollar) zur Unterstützung des Straßenbauprojektes Kuljab – Kalaichumb (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, GBAO) unterzeichnet.
27.3.2018	Die Regierung weist Beschuldigungen des Befehlshabers der US-Truppen in Afghanistan, General John Nicholson, zurück, der in einem BBC-Interview behauptet hatte, dass die Taliban über tadschikisches Territorium mit Waffen versorgt würden.
28.3.2018	Der erst 20jährige Asidschon Asimi wird als erster Tadschike vom US-Journal Forbes in seine weltweite Liste von jungen Social Entrepreneurs (30 unter 30) aufgenommen. Asimi, der bereits jüngster Absolvent der New York University gewesen war, ist Gründer und Vorsitzender der NGO Tajrupt, die sich für eine Verbesserung der Rechte und Möglichkeiten der Jugend in Tadschikistan einsetzt.
28.3.2018	Der Vorstand der ADB bewilligt einen 90 Mio. US-Dollar Kredit für die zusätzliche Finanzierung der Sanierung des Straßenabschnitts Duschanbe – Bochtar (bisheriger Name Kurgan-Tjube, Gebiet Chatlon).
28.3.2018	Der OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Harlem Désir, fordert die Regierung in Duschanbe in einem Brief an Außenminister Aslow auf, die Namen von 14 Journalisten von der Liste der Terrorverdächtigen zu streichen, die zwei Wochen zuvor von der Nationalbank veröffentlicht worden war. Am 25.3. hatte sich bereits die exiltadschikische Vereinigung »Forum der Freidenker Tadschikistans« in einem offenen Brief bei der Financial Action Task Force (FATF) darüber beklagt, dass Oppositionelle auf der Liste geführt werden.
29.3.2018	RIA Nowosti meldet, dass ein Gericht in Sankt Petersburg einen 33jährigen tadschikischen Staatsbürger wegen Werbung für den IS zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe verurteilt hat.
31.3.2018	Im russischen Kemerowo wird der Tadschike Farson Salimow für seinen Einsatz zur Rettung von Menschen beim Brand des Einkaufszentrums Simnjaja Wischnja ausgezeichnet. Der in dem Einkaufszentrum beschäftigte Arbeitsmigrant hatte gemeinsam mit Landsleuten über 50 Menschen aus dem Inferno geholt.
2.4.2018	Laut Asia-Plus wurden mit einem Urteil des Gebietsgerichts von Sogd erstmals nicht Führungsfiguren, sondern normale Mitglieder der verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) wegen ihrer fortgesetzten Tätigkeit für die Partei verurteilt. Die vier Bewohner von Istarawschan müssen für sechs Jahre hinter Gitter.
2.4.2018	In Reaktion auf ein Verbot der russischen Luftfahrtbehörden für Flüge der tadschikischen Fluglinien Somon Air und Tajik Air nach Russland untersagt die tadschikische Luftfahrtbehörde den russischen Fluggesellschaften Ural Airlines, Utair, S7 Airlines and Nordwind Airlines 11 Flugverbindungen aus verschiedenen russischen Städten nach Duschanbe und Chudschand.
2.4.2018	Nach Angaben der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Barki Tochik wurden die Stromlieferungen nach Usbekistan über die Linie Tursunsoda (Bezirke und republikanischer Verwaltung) – Gultscha (Gebiet Surchandarja) aufgenommen.
2.4.2018	In Riad findet die 2. Sitzung der tadschikischen-saudiarabischen Zwischenregierungskommission für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit statt.
3.4.2018	An einem zwischen Tadschikistan und Kirgistan umstrittenen Grenzabschnitt im Gebiet Sogd kommt es zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ca. 50 Bewohnern des Dorfes Chodscha-Alo (Gebiet Sogd) und Utsch-Dobo (Gebiet Batken), nachdem eine Kirgisin versucht hatte, auf dem für wirtschaftliche Nutzung verbotenen strittigen Landstück einen Zaun zu errichten.
4.4.2018	Nach einem Treffen von Vertretern der Luftfahrtbehörden Tadschikistans und Russlands wird mitgeteilt, dass alle Einschränkungen des Luftverkehrs aufgehoben sind, im Sommerflugplan sogar weitere Flüge ergänzt werden.
6.4.2018	Ein Sprecher der Grenztruppen dementiert Behauptungen des Abgeordneten des afghanischen Parlamentes Indschinar Kamol, dass bei Kämpfen in Afghanistan verletzte Kämpfer der Taliban in tadschikischen Krankenhäusern behandelt würden.
8.4.2018	Usbekistan nimmt, wie beim Besuch Präsident Schawkat Mirsijojews in Duschanbe im März vereinbart, die seit 2012 unterbrochenen Gaslieferungen nach Tadschikistan über die Gasleitung Musrabad – Duschanbe wieder auf. In diesem Jahr ist die Lieferung von ca. 126 Mio. m ³ für 15,1 Mio. US-Dollar geplant.

9.4.2018	Außenminister Aslow trifft in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow zusammen, der für die tadschikische Solidarität im Falle Skripal dankt und eine Fortsetzung russischer Unterstützung im militärischen Bereich zusagt.
10.4.2018	Sicherheitskräfte nehmen eine Gruppe von 12 Personen unter dem Verdacht des illegalen Drogenhandels fest und beschlagnahmen 14 kg afghanischen Haschischs.
10.4.2018	Der Pressesprecher des Innenministeriums, Umardschon Emomali, teilt in einem Interview mit dem tadschikischen Dienst von RFE/RL mit, dass die Auslieferung der beiden in der Türkei am 19.3.2018 verhafteten Aktivistinnen der oppositionellen »Gruppe 24« beantragt wurde.
11.4.2018	Mehrere staatliche Einrichtungen und internationale Organisationen beenden ein zweitägiges gemeinsames Training, bei dem Maßnahmen gegen das unkontrollierte Eindringen von zehntausend Flüchtlingen geplant und geübt wurden.
11.4.2018	Der Sprecher der unteren Kammer des Parlamentes, Schukurdschon Suchurow, trifft zu einem dreitägigen Besuch im russischen Sankt Petersburg ein, währenddessen er an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlungen der GUS und der CSTO teilnehmen wird.
11.4.2018	Asia-Plus berichtet unter Berufung auf einen nicht namentlich genannten Mitarbeiter der Staatlichen Geologischen Abteilung, dass die chinesische Gesellschaft TBEA als Gegenleistung für den Bau eines Kraftwerkes in Duschanbe die Lizenz zur Förderung von Gold in der Oberen Kumag-Mine (Gebiet Sogd) erhalten habe.
11.4.2018	In Duschanbe findet ein reguläres Treffen zwischen hochrangigen Vertretern der OSZE und der Regierung sowie Vertretern der Zivilgesellschaft statt, bei dem ein positives Fazit der Zusammenarbeit 2017 gezogen und ein Plan gemeinsamer Aktivitäten für 2019 aufgestellt wird.
12.4.2018	Eine Woche nach der Einigung über die Flugverbindungen zwischen Tadschikistan und Russland haben die beteiligten Fluggesellschaften die Preise für Tickets verdoppelt, meldet Fergananeews.com.
12.4.2018	Das Internetportal TajInfo meldet, dass am Vortag in einem Vorort von Moskau der wegen seines Einsatzes für die Rechte von Arbeitsmigranten bekannt gewordene Aktivist der Gruppe 24, Sulfikachor Cholow, festgenommen wurde.
13.4.2018	Die stellvertretende Leiterin der US-Mission bei der OSZE, Michele Siders, äußert in einer Erklärung ihre Besorgnis über die Verlängerung der Untersuchungshaft des KVN-Teamchefs Chajrullo Mirsaidow und seine harte Behandlung und fordert eine schnellere Bearbeitung des Falles.
13.4.2018	Die EBRD und der Green Climate Fund der UN stellen gemeinsam einen 88 Mio. US-Dollar-Kredit für die Beendigung der Sanierung des Kairakkum-Wasserkraftwerkes zur Verfügung.
13.4.2018	Die Nationalbank publiziert auf ihrer Website anders als bisher zwei getrennte Listen mit Namen von Personen, die des Kontakts mit Terrorismus und Extremismus verdächtigt werden. Die Liste von Personen unter Verdacht des Kontakts zu Terrorismus umfasst 1.234 Namen, darunter der Führer der PIWT, Muchiddin Kabiri. Auf der Liste der des Extremismus verdächtigen Personen befinden sich 122 Namen, darunter der bekannte Journalist Dododschon Atowullojew. Ein Grund für diese neue getrennte Erfassung wird nicht genannt.
14.4.2018	Die Regierung Tadschikistans finanziert im usbekischen Samarkand den Bau einer tadschikischsprachigen Schule für 640 Schüler. Eine entsprechende Vereinbarung wurde bereits beim Besuch Präsident Rachmons in Taschkent im März 2018 unterzeichnet, sie wurde aber erst jetzt bekannt.
16.4.2018	Ein Militärgericht in Chudschand verurteilt die beiden Grenzsoldaten, die im Januar zwei Angler erschossen hatten, zu 21 und 22 Jahren Haft.
16.4.2018	Im Vorfeld der Sitzung der Außenminister der Mitgliedsstaaten der Organisation für ökonomische Zusammenarbeit (ECO) am 17.4.2018 in Duschanbe empfängt Präsident Rachmon den Generalsekretär der Organisation, Halil İbrahim Akça, und den iranischen Außenminister, Mohammed Dschawad Sarif, zu bilateralen Gesprächen.
16.4.2018	Der Vorsitzende des Rechnungshofes, Achmadsod Faisali Zardak, führt in Bischkek Gespräche mit seinem kirgisischen Amtskollegen, Ulukbek Maripow.
16.4.2018	Avesta meldet, dass seit Jahresbeginn 2.600 zusätzliche Arbeitskräfte an der Baustelle der Rogun-Wasserkraftwerkes eingestellt wurden, um die angekündigten Fristen für die Inbetriebnahme des ersten Aggregats einhalten zu können. Insgesamt sind jetzt 18.600 Menschen in Rogun beschäftigt.
17.4.2018	Der Chef des Staatlichen Komitees für nationale Sicherheit Tadschikistans, Saimumin Jatimow, und des Dienstes für staatliche Sicherheit Usbekistans, Ichtijor Abdullajew, erörtern bei einem Treffen in Taschkent Fragen der Zusammenarbeit im Kampf gegen religiösen Extremismus, terroristische Organisationen und Drogen- und Waffenhandel.

17.4.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben tadschikische Arbeitsmigranten 2017 2,54 Mrd. US-Dollar aus Russland in ihre Heimat rücküberwiesen. Am gleichen Tag meldet der tadschikische Migrationsdienst, dass die Zahl der tadschikischen Arbeitsmigranten in Russland im 1. Quartal 2018 um 3 % auf 105.200 Personen zurückgegangen ist.
17.4.2018	Asia-Plus berichtet, dass Tadschikistan und Usbekistan eine gemeinsame Arbeitsgruppe für Fragen der Entminung der gemeinsamen Staatsgrenze gebildet haben.
17.4.2018	Die 23. Sitzung des Rates der Außenminister der ECO-Staaten endet mit der »Deklaration von Duschanbe«, die eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Energie, Tourismus, Wirtschaft und Soziales sowie Umwelt anstrebt.
18.4.2018	Tadschikische Medien melden, dass die Verteidigungsministerien Tadschikistans und Usbekistans erstmals gemeinsame Manöver planen. Die Streitkräfte beider Staaten sollen noch 2018 den gemeinsamen Anti-Terror-Kampf proben.
18.4.2018	Ein Stadtgericht in Chudschand verurteilt den Imam der Sari Sangi Moschee, Abdulla Saidullojew, wegen Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Bewegung der Salafiten zu einer sechsjährigen Freiheitsstrafe.
18.4.2018	Das Gebietsgericht von Sogd verurteilt sieben Mitglieder einer Familie, darunter eine 71jährige und eine Schwangere, wegen des Versuches, nach Syrien auszureisen, zu Freiheitsstrafen zwischen 12 und 17 Jahren.
19.4.2018	Die untere Kammer des Parlamentes billigt Gesetzesänderungen, mit denen die Schaffung eines »Fonds des Führers der Nation« auf Staatskosten nach dessen Amtszeit möglich wird. Jährlich sollen 0,2 % des Staatshaushaltes in den Fonds überwiesen werden.
19.4.2018	Die untere Kammer des Parlaments billigt Gesetzesänderungen, nach denen sich ausländische Staatsbürger nun bis zu zehn Tage ohne Registrierung in Tadschikistan aufhalten können.
19.4.2018	Premierminister Kochir Rasuloda erörtert im Vorfeld der 15. Sitzung der russisch-tadschikischen Zwischenregierungscommission für ökonomische Fragen in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Medwedjew Fragen der Arbeitsmigration und der Intensivierung der ökonomischen Zusammenarbeit, insbesondere im Energiesektor.
20.4.2018	Nach Angaben des russischen stellvertretenden Premierministers Igor Schuwalow hat sein Land bei der Sitzung der 15. Sitzung der russisch-tadschikischen Zwischenregierungscommission für ökonomische Fragen Tadschikistan ausdrücklich eingeladen, mit Beobachterstatus an den Sitzungen der EEU teilzunehmen.
20.4.2018	Das Strafverfahren gegen den Chef der Gesellschaft Olimi Karimsod und Eigentümer der Textilfabrik Olim Tekstails, Dschamsched Abdulow, wurde eingestellt nachdem Abdulow seine Schulden gegenüber dem Staat in Höhe von 14 Mio. US-Dollar bezahlt hat.

Turkmenistan

25.3.2018	Die Wahlbeteiligung bei den heutigen Parlamentswahlen betrug nach Angaben der Zentralen Wahlkommission knapp 92 %. Andere Quellen (u. a. der turkmenische Dienst von RFE/RL) zweifeln diese Zahlen an. Von 284 Kandidaten wurden 125 ins Parlament gewählt. Detaillierte Ergebnisse werden nicht veröffentlicht.
26.3.2018	Der stellvertretende Außenminister Wela Chadischijew nimmt gemeinsam mit den Außenministern Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans, Kairat Abdrachmanow, Erlan Abdyldajew, Sirodschiddin Aslow und Abdulus Kamilow, an einem regulären Treffen EU-Zentralasien mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini in Taschkent teil. Gesprächsthemen sind u. a. die neue EU-Zentralasien-Strategie und die Situation in Afghanistan.
27.3.2018	Der Vorsitzende der GUS-Wahlbeobachtungsmission erklärt auf einer Pressekonferenz, dass die Parlamentswahlen im Einklang mit internationalen Standards stattgefunden hätten und es keine ernsten Verstöße gegeben hätte. Auch die SCO veröffentlicht auf ihrer Homepage ein Statement, das die Wahlen als »transparent, frei, glaubwürdig und demokratisch« bezeichnet.
27.3.2018	Irans Präsident Hassan Rohani trifft während seines zweitägigen Staatsbesuchs in Aschchabad erstmals seit dem Streit um turkmenische Gaslieferungen Anfang 2017 persönlich mit seinem Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow zu Gesprächen zusammen. Es werden 13 bilaterale Abkommen in verschiedenen Kooperationsbereichen unterzeichnet.
27.3.2018	Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) meldet, dass die Außenwirtschaftsbank bereits Mitte Februar 29.000 von insgesamt 30.000 von der Bank ausgestellten Visakarten blockiert habe. Besitzer der Karten können keine Zahlungen mehr im Ausland tätigen. Gründe für die Sperrungen sind nicht bekannt.

30.3.2018	Präsident Berdymuchammedow ernennt seinen Sohn Serdar zum stellvertretenden Außenminister. Bei den Parlamentswahlen am 25.3.2018 soll Serdar Berdymuchammedow nach offiziellen Angaben mehr als 91 % der Stimmen erhalten haben.
4.4.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass der Import und Verkauf von Bikinis und Badeshorts für Frauen aus unbekanntem Gründen verboten wurde.
5.4.2018	Eine Delegation des turkmenischen Außenministeriums wird in Amman vom Generalsekretär des jordanischen Außenministeriums, Zaid Al Lozi, zu Gesprächen über eine Ausweitung der Handels- und Wirtschaftskooperation empfangen.
6.4.2018	Der neue Vize-Außenminister Serdar Berdymuchammedow nimmt am GUS-Ministerrat in Minsk teil.
11.4.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass in Folge der Wirtschaftskrise immer mehr Turkmenen zum Arbeiten ins Ausland, vor allem in die Türkei, nach Aserbaidschan, Kasachstan und Usbekistan, gehen würden. Gleichzeitig hätten die Behörden in den vergangenen Wochen mehrmals Turkmenen die Ausreise in die Türkei ohne Angabe von Gründen verweigert.
12.4.2018	Präsident Berdymuchammedow entlässt die Vize-Premierminister für Energie und Gas, Transport und Handel, Maksat Babajew, Bairam Annameredow und Orasmyrat Gurbannasarow. Babajew und Annameredow sollen neue Posten im Bauprojekt der TAPI-Pipeline und Gurbannasarow in der Handels- und Industriekammer annehmen.
12.4.2018	Die EU und der Ständige Rat der OSZE fordern in einer öffentlichen Stellungnahme Turkmenistan auf, Maßnahmen gegen das »Verschwinden« von Regimekritikern zu ergreifen und Haftbedingungen zu verbessern. Berichte über den Tod der politischen Gefangenen Begmurad Otusow und Allamurat Allakuliew seien besorgniserregend und bezeichnend für die systematische Verletzung von Menschenrechten in Turkmenistan.
14.4.2018	Bei einem Busunfall im Tal Tschuli ca. 20 km westlich von Aschchabad sterben mindestens 17 Menschen.
18.4.2018	Der turkmenische Dienst von RFE/RL meldet, dass in Istanbul fünf bewaffnete turkmenische Migranten festgenommen wurden, die zunächst in einer Verfolgungsjagd versucht hatten, der Polizei zu entkommen. Zwei der fünf Männer hatten keinen gültigen Aufenthaltstitel für die Türkei.
20.4.2018	In Vorträgen an Sport- und Bildungseinrichtungen in Aschchabad warnen Sicherheitskräfte die Bürger davor, negative Informationen über Turkmenistan über das Internet zu verbreiten, berichtet der turkmenische Dienst von RFE/RL.

Usbekistan

24.3.2018	Per Verordnung des Präsidenten ist ab sofort die obligatorische Inspektion von Waren vor der Einfuhr nach Usbekistan abgeschafft.
26.3.2018	Fergananeews.com berichtet unter Berufung auf den Vorsitzenden von Uzbekenergo, Ulugbek Mustafojew, dass mit dem Bau der neuen Hochspannungsleitung Surchan – Puli-Chumri, über die größere Strommengen nach Afghanistan geliefert werden sollen, begonnen wurde.
26.3.2018	Gazeta.uz berichtet unter Berufung auf den Vorsitzenden des Obersten Gerichts, Asis Abidow, dass in den letzten beiden Monaten fünf weitere zwischen 2002 – 2013 wegen Angriffs auf den verfassungsmäßigen Aufbau Verurteilte entlassen wurden, nachdem Gerichte ihre Haftstrafen verkürzt hatten.
26.3.2018	Ein Bezirksgericht im Gebiet Fergana verurteilt den Menschenrechtler und Vorsitzenden des Andischaner Zweigs der Menschenrechtsgruppe Esgulik (Mitgefühl), Musadschon Bobodschonow, zu einer dreijährigen Bewährungsstrafe wegen Besitzes und Verbreitung von religiös-fundamentalistischen Materialien.
26.3.2018	Präsident Mirsijojew empfängt U.S. Under Secretary of State for Political Affairs Thomas Shannon zu Gesprächen über bilaterale, regionale und internationale Fragen. Shannon trifft auch mit Außenminister Abdulus Kamilow zusammen.
26.3.2018	In Taschkent findet ein reguläres Treffen EU-Zentralasien statt, an dem die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und die Außenminister Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans und Usbekistans, Kairat Abdrachmanow, Erlan Abdylidajew, Siroschidin Aslow und Kamilow, sowie der stellvertretende turkmenische Außenminister Wela Chadschijew teilnehmen. Gesprächsthemen sind u. a. die neue EU-Zentralasien-Strategie und die Situation in Afghanistan.
26.3.2018	Präsident Mirsijojew empfängt den afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der bilateralen Zusammenarbeit.

27.3.2018	In Taschkent endet die von Präsident Mirsijojew initiierte internationale Afghanistan-Konferenz, an der u. a. der afghanische Präsident Ghani, der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tadamichi Yamamoto, die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Mogherini, sowie die Außenminister und diplomatischen Vertreter von mehr als 30 Staaten teilnahmen, mit einer gemeinsamen Deklaration, die sich für Frieden und Stabilität ausspricht.
27.3.2018	Am Rande der Afghanistan-Konferenz erörtert Außenminister Kamilow mit seinem indischen Amtskollegen, Mobasher Javed Akbar, Fragen der bilateralen wie internationalen Zusammenarbeit.
27.3.2018	Erst jetzt wird bekannt, dass sich der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Zentralbank, Alischer Akmalow, unter den 25 Personen befindet, die am 17.3.2018 im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den ehemaligen Generalstaatsanwalt Raschid Kadyrow verhaftet wurden.
27.3.2018	In Taschkent werden die ersten in Usbekistan montierten KAMAS-LKWs präsentiert. Einem Vertrag vom November 2017 entsprechend liefert die russische KAMAS Bausätze für 11 LKW-Modelle nach Usbekistan, die dann von UzAuto Trailer montiert werden.
28.3.2018	Donijor Kadirow wurde nach Angaben aus dem Innenministerium in das im April 2017 neu geschaffene Amt des Chefs der Hauptverwaltung für den Kampf gegen Terrorismus und Extremismus – und damit des obersten Terrorbekämpfers des Landes – berufen.
28.3.2018	Der neueste Bericht von HRW über die Situation der Medien in Usbekistan kommt zu dem Ergebnis, dass trotz eines verbesserten Umfeldes für freie Diskussionen und kritische Berichterstattung Journalisten und Regierungskritiker nach wie vor unter Druck durch gesetzliche Restriktionen, politisch motivierte Strafverfolgung und angstbasierte Selbstzensur stehen.
29.3.2018	In Fergana findet unter Vorsitz von Premierminister Abdulla Aripow und seines kirgisischen Amtskollegen Sapar Isakow die erste Sitzung des Rates der Gouverneure der Grenzgebiete statt. Am Rande der Veranstaltung erörtern die beiden Regierungschefs Fragen der bilateralen Kooperation.
29.3.2018	RIANowosti meldet unter Berufung auf den stellvertretenden Direktor des Russischen Föderalen Dienstes für militärisch-technische Kooperation, Wladimir Droschow, dass Vertreter der russischen und usbekischen Regierung auf der internationalen Waffenausstellung ArmHiTec-2018 in Jerewan einen Vertrag über die Lieferung von mehr als zehn Militärhubschraubern vom Typ Mi-35M an Usbekistan unterzeichnet haben.
29.3.2018	Anlässlich des Verkaufsbeginns des ersten in Usbekistan herausgegebenen Koran bilden sich lange Schlangen vor Buchläden.
29.3.2018	Der Pressedienst des Senats teilt mit, dass die obere Kammer des Parlaments ein Gesetz gebilligt hat, das eine strafrechtliche Verantwortung für die Fälschung von Beweisen einführt und die Strafen für falsche Denunziationen erhöht. Außerdem billigen die Senatoren Änderungen im Gesetz zum Schutz der journalistischen Tätigkeiten, mit denen u. a. die Zensur de jure abgeschafft wird.
2.4.2018	Nach Angaben des Pressedienstes des Außenministeriums hat die usbekische Seite während des Besuches einer Delegation der International Organization for Migration (IOM) unter Leitung ihres Generaldirektors William L. Swing den Wunsch nach Ausbau der Beziehungen zum Ausdruck gebracht und den Beitritt in die IOM angekündigt.
2.4.2018	Ein Gebietsgericht in Namangan verurteilt acht Bewohner des Bezirkes Turakurgan zu Freiheitsstrafen von sechs bis 14 Jahren wegen Anwerbung von IS-Kämpfern für den Syrienkrieg. Zwei der Verurteilten sollen während eines Türkeiufenthaltes mit Extremisten in Kontakt gekommen sein und in Syrien gekämpft haben. Nach ihrer Rückkehr nach Usbekistan gründeten sie eine Untergrundzelle zur Anwerbung neuer Kämpfer.
2.4.2018	Mit Ukas von Präsident Mirsijojew wird auf der Basis der bisherigen Staatskomitees für Bau und für Architektur ein Bauministerium geschaffen.
2.4.2018	Die Minister für Informationstechnologie und Kommunikation Usbekistans und Afghanistans, Asim Achmedchadschajew und Schachsad Gul Arjobi, unterzeichnen ein MoU über strategische Zusammenarbeit.
3.4.2018	Nach Angaben des usbekischen Dienstes von RFE/RL wurde bereits am 30.3.2018 Chajot Scharifchodschajew, bis 2015 stellvertretender Vorsitzender des SNB, verhaftet.
3.4.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet, dass den Söhnen des ehemaligen SNB-Chefs Rustam Inojatow, Scharif, und des Vorsitzenden des Staatlichen Steuerkomitees, Botir Parpijew, Bobur, die Ausreise aus Usbekistan untersagt sei.
3.4.2018	Die südkoreanische Hyundai Engineering and Construction teilt mit, dass sie die Ausschreibung für den Bau eines Elektrizitätswerkes in Nawoi im Wert von 540 Mio. US-Dollar gewonnen hat.

4.4.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Gesetz, mit dem die Verantwortlichkeit für die Anwendung von Folter und unmenschlichen und erniedrigenden Formen von Bestrafungen verstärkt wird.
5.4.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret, das weitgehende Veränderungen in der Organisationsstruktur und Personalpolitik des Außenministeriums sowie der Verantwortlichkeiten vorsieht. Zukünftig soll mehr Augenmerk auf Wirtschaftsdiplomatie und ein positives internationales Image gelegt werden.
6.4.2018	Das von Präsident Mirsijojew am Vortag unterzeichnete Gesetz über den Dienst für Staatliche Sicherheit (SGB), das Status, Funktionen, Rechte und Pflichten etc. des Dienstes definiert, tritt in Kraft.
6.4.2018	Außenminister Kamilow nimmt an einer regulären Sitzung des Rates der Außenminister der GUS-Staaten in Minsk teil.
7.4.2018	Usbekische Grenzer erschießen in dem Grenzdorf Mamai (Gebiet Namangan bzw. Daschalalabad) einen kirgisischen Staatsbürger, der sich nach usbekischer Darstellung unrechtmäßig auf usbekischem Staatsgebiet aufhielt und auf Zuruf nicht reagierte. Nach kirgisischer Darstellung befand er sich auf kirgisischem Territorium.
8.4.2018	Ein Militärgericht im russischen Samara verurteilt eine Gruppe von usbekischen Arbeitsmigranten wegen Planung eines Terroranschlags in Russland sowie Kontakten zum IS zu Freiheitsstrafen zwischen 12 und 17 Jahren.
8.4.2018	Usbekistan nimmt die seit 2012 unterbrochenen Gaslieferungen nach Tadschikistan über die Gasleitung Musrabad – Duschanbe – wie beim Besuch Mirsijojews in Tadschikistan im März vereinbart – wieder auf. In diesem Jahr ist die Lieferung von ca. 126 Mio. m ³ für 15,1 Mio. US-Dollar geplant.
9.4.2018	Der afghanische Handelsminister Mohammad Hamid Tahmasbi erörtert im Außenhandelsministerium in Taschkent mit den Chefs usbekischer Handels- und Logistikunternehmen (JSC »Uzavtotrans«, JSC »O'rta Osiyo Trans«, JSC »Uztrade«, JSC »Uzasanoateksport«) Möglichkeiten der Erweiterung der Zusammenarbeit und Erhöhung des Handelsumsatzes.
9.4.2018	Die Premierminister Usbekistans und Kirgistans, Aripow und Sapar Isakow, vereinbaren telefonisch eine gemeinsame Untersuchung des Grenzzwischenfalls, bei dem zwei Tage zuvor ein kirgisischer Staatsbürger zu Tode gekommen war, durch die Chefs der Grenztruppen.
9.4.2018	Bei einem im staatlichen Fernsehen gezeigten Treffen mit Wissenschaftlern gesteht Präsident Mirsijojew ein, dass die Regierung die Entwicklung der Wissenschaft zu lange vernachlässigt habe und dadurch Potential verloren gegangen sei.
9.4.2018	FergananeWS.com berichtet, dass der ehemalige Chef des Nationalen Sicherheitsdienstes (SNB), Inojatow, gemeinsam mit Premier Aripow und Generalstaatsanwalt Otabek Murodow zum Verantwortlichen für die Durchführung einer Präsidialverordnung zur Verbesserung der Fischereiwirtschaft ernannt wurde.
10.4.2018	Afghanische Medien melden, dass Usbekistan ab Juli 2018 seine Stromlieferungen ins Nachbarland um 1.000 MW pro Jahr erhöhen wird, bei gleichzeitig ermäßigtem Preis von 3,5 Afghani (0,05 US-Dollar) pro KWh.
10.4.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Chef des Staatlichen Steuerkomitees, Batyr Parpijew, nach der Aufdeckung von Fehlbeträgen von mehreren Dutzend Mio. US-Dollar in seiner Behörde von Mitarbeitern der Revision des Finanzministeriums befragt wurde.
10.4.2018	Bewohner der von kirgisischem Staatsgebiet umgebenen usbekischen Exklave Soch schlagen einen Mitarbeiter der angrenzenden kirgisischen Wasserpumpstation Schiretsch (Gebiet Batken) krankenhaushausreif.
11.4.2018	Der Kommandierende der Grenztruppen Usbekistans, Ruslan Mirsajew, und der Vorsitzende des kirgisischen Grenzdienstes, Ularbek Scharschew, haben bei einem Treffen ein kategorisches Verbot des Einsatzes von Schusswaffen gegen friedliche Bürger an der gemeinsamen Grenze vereinbart, meldet der Pressedienst der kirgisischen Regierung.
11.4.2018	Schersod Kudbijew wird zum neuen Minister für Arbeit und Beschäftigung ernannt, Abdukachchor Tuchtajew wird Ressortchef im Anfang April neu gebildeten Bauministerium.
11.4.2018	Das russische Transportministerium teilt mit, dass die zuständigen Luftfahrtbehörden Russlands und Usbekistans eine Verdoppelung der Zahl der Flüge zwischen beiden Ländern vereinbart haben.
12.4.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet eine Anordnung über einschneidende Zollreformen, die eine Annäherung an die international üblichen Bestimmungen vorsehen und Unternehmen und Touristen Erleichterungen bringen sollen. In dem Dokument werden auch Korruption und Machtmissbrauch der Zöllner kritisiert und ihre juristische Verfolgung angemahnt.

13.4.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Dekret über Maßnahmen zur radikalen Verbesserung der Arbeit der Justiz und der Implementierung der staatlichen Rechtspolitik. Der ehemalige Geheimdienstchef und jetzige Berater der Präsidenten Inojatow wird gemeinsam mit Premier Aripow und Justizminister Ruslanbek Dawletow mit der Beaufsichtigung der Reformen im Justizsystem beauftragt.
13.4.2018	Der Vorsitzende des Obersten Gerichtsrates Usbekistans, Maruf Usmanow, wird seines Amtes enthoben. Präsident Mirsijojew hatte Usmanows Tätigkeit bereits in seiner Rede vor dem Parlament im Dezember 2017 scharf kritisiert.
13.4.2018	Der staatliche Fernsehsender Uzbekistan 24 berichtet, dass Hamidullo Khusanovich Mamanazarov, der Führer einer in Istanbul ansässigen und als extremistisch eingestuften religiösen Schule, nach seiner Auslieferung aus der Türkei in Usbekistan verhaftet wurde.
14.4.2018	In Samarkand wird, finanziert von der Regierung Tadschikistans, eine Schule für 640 Schüler gebaut. Eine entsprechende Vereinbarung wurde bereits beim Besuch des tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon in Taschkent im März 2018 unterzeichnet, sie wurde aber erst jetzt bekannt.
14.4.2018	Der Pressedienst des Präsidenten publiziert einen Videomitschnitt einer Rede Präsident Mirsijojews während eines Besuches des Gebiet Syrdarja am Vortag, in dem der Präsident Führungspersonen in den Gebieten und Bezirken des Landes Strafen für den Zwangseinsatz von staatlich angestellten Lehrern, Studenten und medizinischem Personal zur Verschönerung von Orten vor seinen Besuchen androht. Dieses Vorgehen sei Verrat nicht nur ihm gegenüber, sondern auch gegenüber der Politik des Staates. Auslöser für die scharfen Worte des Präsidenten war der Tod einer Lehrerin durch einen Verkehrsunfall bei einem derartigen Arbeitseinsatz am 14.3.2018.
16.4.2018	Asim Achmedchadschajew, Minister für die Entwicklung von Informationstechnologien und Kommunikation, und der stellvertretende russische Minister für Kommunikation, Aleksej Wolin, erörtern bei einem Treffen in Taschkent die Möglichkeit der Einrichtung eines gemeinsamen usbekisch-russischen Fernsehkanals.
16.4.2018	Nach Angaben von Innenminister Pulat Bobodschonow wurden in usbekischen Untersuchungsgefängnissen und Haftanstalten zum Schutz vor Folter über 2.000 Überwachungskameras installiert.
16.4.2018	Außenminister Kamilow empfängt den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Lamberto Zannier, der zuvor nationale Kulturzentren in den Gebieten Fergana und Namangan besucht hatte, zu einem Meinungsaustausch.
16.4.2018	Usbekische und kasachstanische Busunternehmen weigern sich, die erst einige Tage zuvor aufgenommenen Busverbindungen zwischen Taschkent und Almaty weiter zu bedienen, nachdem ihre Busse 30 km vor Almaty von nicht legitimierten Posten angehalten, bedroht und zu hohen Geldzahlungen gezwungen worden waren, ohne dass die kasachstanische Polizei eingreifen bereit war.
16.4.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet einen Erlass über Verbesserungen im Bereich der Religion, der u. a. die Gründung einer neuen muslimischen Hochschule und einer Internationalen Islamischen Akademie in Taschkent (mit Filialen in der AR Karakalpakstan und den Gebieten Samarkand, Namangan und Suchandarja) vorsieht.
17.4.2018	In Taschkent findet ein Treffen des Vorsitzenden des Dienstes für Staatliche Sicherheit (SGB), Abdullajew, mit dem Chef des Staatlichen Komitees für Nationale Sicherheit Tadschikistans, Saimumin Jatimow, statt. Beide Seiten vereinbaren ein gemeinsames Vorgehen gegen religiösen Extremismus und die Tätigkeit terroristischer Organisationen.
17.4.2018	Nach Angaben der russischen Zentralbank haben usbekische Arbeitsmigranten 2017 Rücküberweisungen in ihre Heimat in Höhe von umgerechnet 3,9 Mrd. US-Dollar vorgenommen.
17.4.2018	Finanzminister Jamsched Kutschkarow erörtert mit seinem afghanischen Amtskollegen Eklil Hakimi und Transportminister Mohammad Tahmasi in Taschkent den Stand der Implementierung gemeinsamer Infrastrukturprojekte.
17.4.2018	Präsident Mirsijojew beauftragt die Regierung, jeden bekanntgewordenen Fall von Zwangsarbeit als Notfall zu betrachten, der von den Strafverfolgungsbehörden untersucht werden muss.
18.4.2018	Tadschikische Medien melden, dass die Verteidigungsministerien Usbekistans und Tadschikistans erstmals gemeinsame Manöver planen. Die Streitkräfte beider Staaten sollen noch 2018 den gemeinsamen Anti-Terror-Kampf proben.
18.4.2018	Der Vorsitzende des Komitees für Religionsangelegenheiten, Artukbek Jusupow, wird entlassen, Nachfolger ist Dschasur Akramow. Die stellvertretenden Vorsitzenden werden ebenfalls ausgetauscht.
18.4.2018	Der südkoreanische Außenminister Kang Kyung-wha wird in Taschkent von Präsident Mirsijojew und Außenminister Kamilow zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis und internationale Fragen empfangen.

18.4.2018	Im neuesten Global Firepower Ranking der militärischen Stärke der Staaten der Welt nimmt Usbekistan mit Position 39 (von 136) den mit Abstand besten Platz der zentralasiatischen Staaten und den dritten in der GUS (nach RF=2 und Ukraine 29) ein. 2017 hatte es noch auf Platz 48 gelegen.
19.4.2018	Die britische Agentur zur Exportfinanzierung (UKEF) und der Fonds für Wiederaufbau und Entwicklung Usbekistans (FRRU) unterzeichnen in London ein MoU über die Bereitstellung von 1,25 Mrd. britischen Pfund (1,775 Mrd. US-Dollar) zur Finanzierung von Energieprojekten.
19.4.2018	In Gegenwart von Präsident Mirsijojew wird in Kandym (Gebiet Buchara) eine gemeinsam von der russischen LUKOil und Uzbekneftegaz mit Baukosten von 3 Mrd. US-Dollar errichtete Gasverarbeitungsanlage feierlich in Betrieb genommen, die jährlich 8,1 Mrd. m ³ Gas verarbeiten und mehr als 2.000 Menschen einen Arbeitsplatz geben soll.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentin: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1866-2110 © 2018 by Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH • Mohrenstraße 60 • 10117 Berlin • Telefon: +49 (30) 2005949-20

e-mail: beate.eschment@zois-berlin.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose Länder-Analysen

auf

www.laender-analysen.de

[@laenderanalysen](https://twitter.com/laenderanalysen)

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

